

Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Abdruckpreis für den Anzeiger 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, Kellnerpreis 30 Pfennige, auswärts 35 Pfennige. monatliche Preise 1 Reichsmark, einjährige 10 Reichsmark.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000. Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 234

Donnerstag, den 6. Oktober 1927

22. Jahrgang

Beginnender Besatzungsabbau im Rheinland

Berlin, 5. Okt. In den nächsten Tagen, noch vor Mitte des Monats, soll, wie die „Reizet“ berichtet, die Durchführung der zugestanden Truppenreduzierung im Rheinland um 10 000 Mann beginnen. Die Vorbereitungen der Truppeneinheiten für den Rücktransport sind im vollen Gange, die Aufstellung der genauen Pläne darüber ist immerhin schwierig, da bekanntlich damit eine völlige Umorganisation der bleibenden Besatzungsarmee verbunden ist. Vor allem ist die Zurückziehung einiger Städte, wodurch besonders Privatwohnungen wieder frei werden, ziemlich kompliziert.

Bis gegen Ende des Monats sollen die ersten 4000 Mann deutschen Boden verlassen haben. Der Abmarsch der übrigen Truppen schließt sich unmittelbar daran. Bis spätestens Ende November sollen die 10 000 Franzosen, Belgier und Engländer, um die die Besatzungsarmee vermindert wird, die Grenze passiert haben.

Berlin, 5. Okt. Reichskanzler Dr. Marx begibt sich am Sonnabend in seiner Eigenschaft als Minister für die besetzten Gebiete nach Koblenz.

Bevorstehende Unterredung Chamberlain-Briand.

Paris, 5. Okt. Dem „New York Herald“ zufolge wird Chamberlain am Sonnabend auf der Rückreise nach London in Paris eintreffen. Hier werde er am Montag mit Briand eine Unterredung haben, die, wie man annehme, zum größten Teil der Tagesfrage gewidmet sein werde.

Trauerfeier des auswärtigen Amtes für Freiherren von Maljan.

Berlin, 5. Okt. In dem Sitzungssaal des Reichsausschusses fand heute eine interne Gedächtnisfeier des Auswärtigen Amtes zu Ehren des Botschafters Freiherren von Maljan statt. Nach einem Abgibt von Haydn hielt Dr. Stresemann die Gedächtnisrede, in der er in warm empfundenen Worten der Persönlichkeit und des Wirkens des Dahingegangenen gedachte und zum Ausdruck brachte, daß die Verdienste des Vorstorbenden unvergessen bleiben. Mit einem Andante von Mozart schloß die Feier, an der auch die Gattin und die nächsten Angehörigen des Dahingegangenen teilnahmen.

Kein Interview v. Reudell „Heraldo“.

Berlin, 5. Okt. Zu einem angeblichen Interview des Reichsinnenministers mit einem Vertreter des „Heraldo“ wird mitgeteilt, daß von Reudell ein solches Interview nicht gegeben hat, zumal auch der „Heraldo“ in Berlin keinen Vertreter hat.

Die Reise des Generals Heys.

Berlin, 5. Okt. Der Chef der Heeresleitung, General Heys, wird am 7. Oktober in Begleitung seines Sohnes und eines Offiziers seiner Umgebung eine längere Erholungsreise antreten, die ihn auch in die Vereinigten Staaten von Amerika führen wird.

Wer Hindenburg nicht gratulierte!

England, Frankreich, Italien und Belgien. Berlin, 4. Okt. Unter den Staatsoberhäuptern, die dem Reichspräsidenten zu seinem Geburtstag gratulierten, vermißt man eine ganze Reihe von Vertretern ehemaliger Feindstaaten. Nach der Feststellung eines demokratischen Berliner Abendblattes sind es der König von England, der von Belgien, der von Italien und der Präsident der französischen Republik.

Abjluß der Hindenburgspende am 31. Oktober.

Berlin, 4. Okt. In dem Erlaß des Reichspräsidenten an das deutsche Volk hat sein ganz besonderer herzlicher Dank denen gegolten, die als Geber an der Hindenburgspende teilnahmen. Die Spende läuft noch, soll aber am 31. Oktober endgültig abgeschlossen sein. Es werden daher alle Verbände, Banken und sonstigen Träger von Einzelsammlungen, soweit ihnen nicht besondere Mitteilung zugegangen ist, gebeten, die bei ihnen aufgefundenen Summen im Laufe des Oktober auf das Reichsbankgroskonto oder eines der bekannten Postkonten der Hindenburgspende zu überweisen. (Die Sammelstellen des Ortsauschusses Aue, „Auer Tageblatt“ und „Erzgebirgischer Volksfreund“, nehmen ebenfalls bis 31. Oktober Spenden entgegen. Die Red.)

Keine Henderung des Finanzausgleiches.

Berlin, 5. Okt. Wie die „Germania“ hört, hat der Reichsfinanzminister in der gestrigen Konferenz der Länderfinanzminister erklärt, daß das Kabinett einstimmig seiner Meinung beigetreten sei, daß an eine Aenderung des Finanzausgleiches im gegenwärtigen Augenblick nicht zu denken sei.

Wie die „Vossische Zeitung“ mitzuteilen weiß, wird den Ländern in Aussicht gestellt, daß für den Augenblick gewisse Reserven aus dem laufenden Reichetat für sie zur Verfügung gestellt werden könnten, und daß im nächsten Jahre die Körperschafts- und Einkommensteuer höhere Erträge bringen würden, so daß sich auch die prozentualen Anteile der Länder erhöhen würden. Die Länder sollen jedoch sich mit einer derartigen Lösung nicht zufrieden geben wollen, weil sie auf der Sicherstellung einer dauernden Deckung der neuen Ausgaben für die Beamtenbesoldung bestehen.

Sächsischer Landtag.

13 700 000 Reichsmark für das Müglitz- und Gottliebatal.

Dresden, 4. Okt. Der Landtag trat heute nachmittag nochmals zu einer Vollsitzung zusammen, um über die vorläufigen Maßnahmen für die durch das Hochwasser im Müglitz- und Gottliebatal Geschädigten endgültig Beschlüsse zu fassen. Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung über die Regierungsvorlagen 27 und 28 betr. Nachtrag zum Staatshaushalt und geldliche Auswirkung der Hochwasserkatastrophe. Zum Gedruckt vorliegenden Bericht des Haushaltsausschusses sprach zunächst Abg. Geißler (Soz.), der besonders auf den im Ausschuss abgelehnten Winderheitsantrag einging. 600 000 Mark für außerordentliche Unterstützungen für die Gemeinden Gottliebatal, Berggießhübel, Glaschütze und Lauenstein einzustellen. Er trat ferner für den Umbau der Müglitztalbahn in Normalspur ein.

Abg. Härtel (Wirtschaftsp.) ging auf die einzelnen Ausschufsanträge ein und bat um deren Annahme. Abg. Berg (Dnt.) erörterte als Vorsitzender des Haushaltsausschusses die Gründe, die diesen zur Ablehnung der Winderheitsanträge veranlaßt hätten und die vornehmlich finanzieller Natur seien.

Abg. Siegel (Komm.) sprach zu den kommunistischen Vorschlägen betr. Erhöhung der Entschädigungen, Schutzmaßnahmen zur Verhinderung von Unwetterkatastrophen usw.

Abg. König (D. Sp.) bat, die der Stadt Pirna zugefügten Schäden wohlwollend zu prüfen.

Abg. Käßner (Dem.) bedauerte die Abwesenheit der beiden nationalsozialistischen Abgeordneten, die seinerzeit die frühere Einberufung des Landtages gefordert hätten und trat unter Hinweis auf die Denkschrift des Interessentenverbandes für die Müglitztalbahn ebenfalls für deren Umbau in Normalspur ein.

Abg. Schwarz (Soz.) bedauerte die Verzögerungen und Widerstände in der Frage des Talperrenbaues und verlangte endlich positive Arbeit in dieser Angelegenheit.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Großmann (Wirtschaftsp.) ergriff

Ministerpräsident Heidt

das Wort. Er erläuterte zunächst nochmals die von der Regierung getroffenen Maßnahmen und die Schwierigkeiten des Wiederaufbaues. In der Frage des Reichsausschusses habe er gestern in Berlin mit dem Reichsfinanzminister gesprochen, der ihm auch die Bereitstellung weiterer Summen in Aussicht gestellt habe, aber nur um Privatfäden zu heilen. Schäden der öffentlichen Hand könnten vom Reiche nicht gedeckt werden. Das sei Sache der Länder und Gemeinden sowie der privaten Initiative. Ob es möglich sein werde, aber die vom Reiche zugesagten fünf Millionen noch hinausgehen, unterlasse der Beschlussfassung des Reichskabinetts, das sich darüber mit der sächsischen Regierung

noch ins Benehmen setzen werde. Was die Müglitztalbahn anlangt, so würden gegenwärtig zwei Projekte ausgearbeitet, eins für Schmalspur und eins für Normalspur. Erst nach deren Fertigstellung könne man über die Angelegenheit weiter verhandeln. Der Ministerpräsident sprach dann über die Frage der Gewährung außerordentlicher Unterstützungen, die Unterbringung der Arbeiter im Unwettergebiet und die der Hilfeleistung gezogenen Grenzen. Man dürfe z. B. nicht soweit gehen, aus Berggießhübel ein neues modernes Bad machen zu wollen. Er bat schließlich um Annahme der Regierungsvorlagen in der Ausschufassung und um Ablehnung aller darüber hinaus gehenden Anträge.

Nach einem Schlusswort des Berichterstatters Abg. Geißler und einer Richtigstellung des Abg. Berg wurde zur Abstimmung geschritten. Ablehnung fanden alle Winderheitsanträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Mit Mehrheit, zum Teil einstimmig angenommen wurden die Anträge der Ausschufmeihrheit. Darnach wird die für Entschädigungen vorgesehene Endsumme von 13 300 000 auf 13 700 000 Mark erhöht. Die Regierung wird ersucht, mit der Tschechoslowakei wegen Aufforstung der Goringsteile des Erzgebirgsamtes sofort Verhandlungen einzuleiten und über die Frage der Versicherung gegen Hochwasserschäden sowie Hochwassererschützmaßnahmen eine Denkschrift vorzulegen.

Die Regierung wird ferner ersucht, bei der Reichsbahn vorstellig zu werden, um im Müglitztal eine Normalspurbahn zu erbauen, sowie bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß diese als erste Rate zehn Mill. Mark zur Verfügung stelle. Von dem vorläufigen Teilbericht der Staatsregierung vom 21. September nahm das Haus zustimmend Kenntnis.

Darauf beantragte Abg. Böttcher (Komm.) zur Geschäftsordnung, die nächste Sitzung nicht erst auf den 1. November, sondern für nächsten Dienstag anzusetzen. Das Reichshulgesetz werde im Oktober im Reichstage zur Verhandlung kommen. Es sei unbedingt nötig, auch den sächsischen Vertretern im Reichsrat die Stellungnahme des sächsischen Landtages zu diesem Gesetzentwurf rechtzeitig zu bringen.

Ministerpräsident Heidt erwiderte, daß die erste Lesung des Reichshulgesetzes zwar in diesen Tagen im Reichsrat statfinde; er glaube jedoch nicht, daß der Gesetzentwurf schon in der ersten Oktoberhälfte verabschiedet werden würde. Der sächsische Landtag werde auch nach dem 1. November noch Zeit genug haben, um dazu Stellung zu nehmen. Der Antrag Böttcher wurde darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Darnach findet die nächste Sitzung am 1. November statt. Die Festsetzung der Tagesordnung bleibt dem Präsidenten überlassen.

Loeb's Klage gegen Thüringen abgewiesen.

Weimar, 4. Okt. Der ehemalige thüringische Staatsbankpräsident Walter Loeb hatte das Land Thüringen auf Rückzahlung von drei Monatsgehältern in Gesamthöhe von 9000 Mark verklagt. Die Zivilkammer des Landgerichts Weimar wies heute diese Klage ab. Loeb hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Berlin, 4. Okt. Heute mittag fand im Kaiser-Friedrich-Museum die feierliche Einführung des neuen Generaldirektors der staatlichen Museen, Professor Dr. Waackold durch den preussischen Kultusminister statt.

Das Handwerksabteilung im Handelsministerium.

Im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe sind mit Wirkung vom 1. Oktober an die Angelegenheiten des Handwerks, der Gewerbeverbände, des Genossenschaftswesens und des Einzelhandels zu einer besonderen Unterabteilung zusammengefaßt worden. Die Leitung dieser Unterabteilung ist dem Ministerialrat Schindler übertragen worden.

Berlin, 5. Okt. Kompost Dr. von Böhler, der der Zentrumsfraktion angehörte, ist nach einer Operation infolge Herzschwäche im 75. Lebensjahre gestorben.

Diefe!
n!
eiten.
ten letzten
verfügen.
tes.
en eines
nten Sie
unter Ga
ozial-
ne, Leib-
sich Per-
Bandage
alt, Lei-
N. N.
Oktober
n,
rhenstr. 12.